

# Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 84

## Inhalt

Horst Sielaff MdB zur gefährlichen Geschichtsfälschung einer „Stiftung“, die von der Bundesregierung finanziert wird: „Durchaus kein Überfall auf Polen“.  
Seite 1

Hans Böhler MdB zur Schließung der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin und den Zufluchtssuchenden in der Botschaft in Budapest: Das Ergebnis einer Regierungspolitik mit Illusionen.  
Seite 4

Franz Müntefering zum Erfordernis einer Antwort auf Wohnungsprobleme und rechtsradikale Wahlerfolge: Der „Solidarpakt Wohnen“ muß konkret werden.  
Seite 5

44. Jahrgang / 150

8. August 1989

### „Durchaus kein Überfall auf Polen“

Zur gefährlichen Geschichtsfälschung einer „Stiftung“, die von der Bundesregierung finanziert wird

Von Horst Sielaff MdB

Vorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)

#### I.

Die Deutschen in Polen waren „bis zur Vernichtung gefährdet“, die Deutschen waren „ohnehin zu Geiseln der polnischen Umgebung geworden“. „Die Ausschreitungen gegen polnische Staatsbürger deutschen Volkstums... verursachten eine Panik und Massenflucht über die ‚grüne Grenze‘ nach Deutschland“. „Mit den Tätlichkeiten parallel liefen... eine Reihe von ‚administrativen Maßnahmen‘: Verhaftungen und Strafverfahren wegen angeblicher und denunzierter ‚Beleidigung des polnischen Staates‘ oder ‚staatsfeindlicher Äußerungen‘ und ‚unwahrer Nachrichten über Polen‘, Einlieferungen in das polnische Kartuska, Entlassungen, Ausweisungen aus der Grenzzone, Verweigerung von Polizeischutz bei Sachbeschädigungen und Körperverletzungen, Wirtschaftsboykott und Geschäftsschließungen, Entzug von Steuerermäßigungen, Schließung von ‚Deutschen Häusern‘, Beschlagnahmen von Zeitungen... Insgesamt muß bei den Deutschen in Polen die furchtbare Ahnung entstehen, Polen wolle als Nation und Staat mit ihnen ‚tabula rasa‘ machen, wofür die genannten Tatsachen eine düstere Vorbedeutung erhielten.“

Diese Zitate stammen nicht etwa aus Schriften neonazistischer Bewegungen oder von den rechtsradikalen sogenannten Republikanern, sondern aus der Publikation einer von der gegenwärtigen Bundesregierung finanzierten Vereinigung. In diesem empörenden „Gedenk-artikel“ zum Kriegsbeginn heißt es, der deutsche „Angriff auf Polen vom 1. September 1939...“ sei „durchaus kein Überfall“ gewesen, da er „eine widerstandswillige und kampfbereite polnische Nation traf...“. Unausgesprochen soll mit diesem Artikel offenbar der Eindruck vermittelt werden, die Polen seien letztlich selbst Schuld an Hitlers Angriff gewesen und von einem deutschen Überfall könne nicht die Rede sein.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH  
Heussallee 2—10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlicher Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Durchaus positiv wird in diesem Artikel die Politik Hitlers bewertet und dargestellt, indem geschrieben wird, dem Jahr 1939 seien der „Abschluß eines ‚Nichtangriffspaktes‘ und eine Verständigungspolitik vorausgegangen, welche die Spannungen zwischen der Weimarer Republik und Polen ablösten.“

Tatsächlich: Hier wird Hitlers mörderische Politik als friedliche Verständigungspolitik - die er im Gegensatz zu den Regierungen der Weimarer Republik betrieben habe - dargestellt. Die Schuld am Scheitern dieser von Hitler betriebenen „Verständigungspolitik“ und am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges soll damit offenkundig den Polen selbst zugeschoben werden. In dem skandalösen Artikel zum 1. September 1939 heißt es dann weiter: „Es war im wesentlichen die Politik Hitlers, an deren Ende eine weitgreifende Raumpolitik in Osteuropa stand, die auch Polen als eine Art Juniorpartner mit umfassen sollte. Nach einer Reihe von Erfolgen, deren letzter in der Sudetenkrise vom Herbst 1938 auch Polen zugute kam, glaubte Hitler, die Beziehungen zu Polen in einer ‚Globallösung‘ endgültig zu regeln. Mit der Rückgliederung Danzigs in das Deutsche Reich und einer Regelung der Verkehrsverhältnisse durch den ‚Korridor‘ war stets auch die Erwartung verbunden, die beiderseitigen Minderheitenprobleme zu lösen...“.

Hitlers verbrecherischer Feldzug gegen Osteuropa, sein Vergehen gegen das polnische und das sowjetische Volk werden mit keinem Wort erwähnt, beschönigend und als glaubwürdig werden vielmehr Argumente der Hitlerschen Politik dargestellt. Wie wohltuend das doch in den Ohren Ewiggestriger in Deutschland klingen muß und Schönhubers Truppe jubeln lassen wird: „Als Gegengewicht zur reichsdeutschen Propaganda, welche die Lage der Deutschen in Polen in ihr Programm aufnahm, stellte die bis zur Kriegshetze gesteigerte polnische Propaganda die eigene, erheblich überschätzte eigene Stärke heraus.“ So die wörtliche Bewertung in dieser Schrift und dann wird Hitler selbst noch als glaubwürdiger Zeuge angeführt:

„Entscheidend für den Widerstand gegenüber allen polnischen Behauptungen über ein illoyales Verhalten der Deutschen in Polen ist das Zeugnis von Hitler selbst. Trotz allem Mißbrauch der Deutschenverfolgung zu propagandistisch-politischen Zwecken ist seine dokumentarisch feststehende Absicht vom August 1939 ausschlaggebend, die polnische Frage nicht auf dem Wege über die Volksgruppe zu lösen.“

## II.

All diese Gedanken und Äußerungen sind in dem Heft „Ostdeutsche Gedenktage 1989“, herausgegeben von der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ und finanziert durch die Bundesregierung, nachzulesen. Der Artikel ist anlässlich des 50. Gedenkjahres zum 1. September 1939 geschrieben worden.

Die „Kulturstiftung deutscher Vertriebenen“ wurde von der Bundesregierung erstmals 1983 in die Projektförderung einbezogen; sie erhielt zunächst 4.000 DM. 1984 übernahm dann die Bun-

desregierung zusätzlich auch die institutionelle Förderung dieser Einrichtung. 1989 wird dieser Einrichtung von der Bundesregierung bereits 713.000 DM aus dem Bundeshaushalt als Institution zur Verfügung gestellt, zusätzlich werden Projekte in Höhe von 236.000 DM finanziert.

Die verantwortlichen Vertriebenenfunktionäre empfinden diese Art der Darstellung der Ereignisse des 1. September 1939 als „völlig sachlich“; es handele sich um eine normale Darstellung, keine Hetze. Bei dem Autor handele es sich um einen Historiker aus Oberschlesien, der polnische Quellen benutzt habe, so die Antwort auf Fragen an die Herausgeber.

Kein Entsetzen, keine Entschuldigungen, keine Nachdenklichkeit!

### III.

Der Boden für die Rechtsradikalen wird seit langem - insbesondere auch in Kreisen von Funktionären der Vertriebenen - vorbereitet. Die Drohung von Vertriebenenfunktionären in ihren Publikationen, die „Republikaner“ zu unterstützen, falls nicht endlich die CDU/CSU eine Wende rückwärts auch in der Ostpolitik einleite, war unüberhörbar. Die Minister Waigel, Zimmermann und Klein sehen jetzt ihre Chance, sich auch gegen den Außenminister durchzusetzen und verlorenes Terrain bei den Rechten zurückzugewinnen.

„Waigel warnt Warschau vor Gefährdung des Dialogs“, so die Schlagzeile des „Deutschen Ostdienstes“ des Bundes der Vertriebenen am 4. August 1989.

Wer aber gefährdet wirklich diesen Dialog?

### IV.

Des Bundeskanzlers jüngste Äußerungen zur polnischen Westgrenze lassen ahnen, wie weit die Rechten in der Union bereits an Boden gewonnen haben. Kohls Zögern in der Polenpolitik, sein verbales Pendeln zwischen Friedensvertrag und Ostverträgen, die ständige Herumdrückerei um einen konkreten Termin für die überfällige Polenreise sind die eigentlichen Gefährdungspotentiale für den Entspannungs-Dialog mit den Nachbarn im Osten.

Die FDP ist nun gefordert, endlich einmal im positiven Sinne die ihr oft zugeschriebene „Bremsfunktion“ auszuüben; denn das deutsch-polnische Verhältnis ist im 50. Jahr nach dem Angriff Hitlers und seiner Helfer auf Polen erneut stark gefährdet. Der Friedensprozeß verträgt keine von der Bundesregierung finanzierten Geschichtsfälschungen oder politische Halbheiten.

\* \* \*

(-/8.8.1989/vo-he/rs)

Das Ergebnis einer Regierungspolitik mit Illusionen

Zur Schließung der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin und den  
Zufluchtssuchenden in der Botschaft in Budapest

Von Hans Böhler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Jahrelang hat sich die Bundesregierung selbst gerühmt, ihre Deutschlandpolitik sei schon deshalb erfolgreich, weil so viele DDR-Bürger übersiedeln könnten.

Gelegentliche amtliche Äußerungen, man wolle die DDR nicht entvölkern, wirken da wenig glaubwürdig. Die häufige Betonung bestimmter Rechtsauffassungen vermehrte noch die Illusion, Bonn könne Ausreisewünsche tatsächlich nachhaltig und in großer Zahl durchsetzen. Diese Wirkung ihrer Propaganda hat die Bundesregierung billigend in Kauf genommen. Nun steht sie vor dem Bankrott dieser Politik.

Trotz Honecker-Besuch in Bonn bleibt der Eindruck, die rechtsliberale Koalition habe die Deutschlandpolitik nur verwaltet, statt sie zu entwickeln. Erst jetzt hört man auch aus der Koalition, in der DDR müßten Bedingungen geschaffen werden, die es den Menschen ermöglichen, dort zu bleiben.

Die DDR muß ihren Bürgern Lebensperspektiven eröffnen. Das gilt sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Offenbar genügt den Menschen nicht mehr, was die SED-Führung heute zu bieten hat. Wir, die Bundesrepublik, müssen - durchaus in eigenem Interesse - daran mitwirken. Das kann sowohl durch eine entsprechende Auswahl der Projektedeutsch-deutscher Zusammenarbeit als auch durch eine kritischere Prüfung bei den finanziellen Leistungen geschehen. Darüber hätte mit der DDR geredet werden müssen.

Die SPD drängt schon lange auf eine wirtschaftliche Kooperation, um gemeinsam auch den Lebensstandard in der DDR erhöhen zu können. Ein Beispiel ist der Umweltschutz: Das gefeierte Umweltabkommen ist bisher ohne praktische Auswirkungen; ein anderes Beispiel ist der innerdeutsche Handel: seit drei Jahren Rückgang und Stagnation, ohne daß etwas geschieht.

Herrn Seiters kürzlich vorgebrachte, wenig kenntnisreiche Kritik am deutsch-deutschen Jugendaustausch und Theo Waigels Wiederbelebung der unsäglichen Grenzdiskussion waren auch keine Beiträge zur Verbesserung der Beziehungen zur DDR.

Jetzt summieren sich die Politik der SED in der DDR, die sinnlosen Belastungen der Beziehungen durch Unionspolitiker und die Hinnahme des Anscheins, die Bundesregierung könne Ausreisewünsche durchsetzen zu dem Ausreisedruck einerseits und der - wie es scheint - Unfähigkeit der Regierung, wirklich helfen zu können. Das ist das Ergebnis der Politik mit Illusionen, die vorhersehbare Entwicklungen ignoriert hat.

(-/8.8.1989/vo-he/rs)

Der „Solidarpakt Wohnen“ muß konkret werden

---

Zum Erfordernis einer Antwort auf Wohnungsprobleme und rechtsradikale Wahlerfolge

Von Franz Müntefering MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Spätestens seit den Wahlen von Berlin und Frankfurt fällt bei den Erklärungsversuchen für die Wahlerfolge der Rechtsextremisten auch das Stichwort: Wohnungsprobleme.

Nicht zu unrecht:

- Seit den Mietrechtsänderungen der Wenderegierung steigen die Mieten stärker als die Lebenshaltungskosten. Der kaum gestoppte Verlust an Realeinkommen für untere und mittlere Einkommensgruppen, einschließlich der Sonderbelastungen durch Gesundheitsreform und so weiter, hat dies für viele schmerzhaft spürbar gemacht.
- Die Rechtsprechung - zum Beispiel das umstrittene Eigenbedarfsurteil - und die politischen Forderungen aus Teilen des Regierungslagers nach Abbau von Mietrecht und Mieterschutz entfalten politische Wirkung. Sie verunsichern auch die, die selbst nicht unmittelbar betroffen sind.
- Die Verknappung des Wohnraums und der Kampf um die Wohnung, die jetzt in den Ballungsgebieten immer drastischer werden, waren in den Teilmärkten der einfachen und preiswerten Altbauwohnungen längst vorhanden und wirksam, bevor die Bundesregierung dies endlich auch registrierte.
- Immer mehr Menschen wohnen großzügig und gut, aber eine wachsende Zahl von Haushalten hat keine oder keine zumutbare Wohnung. Das verbittert besonders, weil die Semantik des Regierungslagers immer noch auf Verniedlichung und Verharmlosung gerichtet ist.

Es gibt eine kleinräumige Konzentration hoher Stimmanteile der Republikaner in einigen solcher Wohngebieten, die durch sozialen Mietwohnungsbau gekennzeichnet sind.

Das korreliert mit bisher hohen Nichtwähleranteilen.

Es ist aber vor allem eine Reaktion auf die Tatsache, daß unsere Gesellschaft die sozial Schwächeren die Hauptlast der allgemeinen Wohnungsprobleme und die Hauptlast der Integration von Ausländern und Aussiedlern tragen läßt. Aus Villen läßt sich leicht Toleranz und Mitmenschlichkeit predigen. Mit den politischen Alltagsproblemen sind vor allem die konfrontiert, die selbst am ehesten Sorgen haben um Wohnung, Arbeit und Zukunft.

Einige von ihnen protestieren mit dem Stimmzettel. Das ist auch eine Herausforderung an die SPD.

Wohnungspolitik darf sich jedoch nicht erschöpfen in einer kurzatmigen Reaktion auf den Zusammenhang von Wohnungsproblemen und rechtsextremen Wahlerfolgen. Und die Bekämpfung des Rechtsextremismus hat außer mit Wohnungsproblemen mit vielen anderen Aspekten zu tun.

Aber die Wohnungsfrage ist von Gewicht.

Wohnen ist als Grundbedürfnis der Arbeit und der Bildung vergleichbar. Das Recht auf menschenwürdiges Wohnen hat Verfassungsrang und deshalb müssen Staat und Gesellschaft denen helfen, die nicht aus eigener Kraft eine solche Wohnung bauen oder mieten oder auch nur finden können.

Der Mangel am Wohnungsmarkt darf nicht weiter zum Verteilungskampf zwischen Sozialhilfeempfängern, Alleinerziehenden und Alten einerseits und Ausländern und Aussiedlern andererseits werden. Aber genau das geschieht zunehmend.

Die Antworten der Bundesrepublik reichen nicht aus, das nötige Bewußtsein für die tatsächliche Dramatik am Wohnungsmarkt (auch für die Perspektive der nächsten Jahre!) und für die nötigen Lösungen zu finden.

Minister Schneider hat das Problem lange geleugnet. Ministerin Hasselfeldt versucht's mit Zuckerguß. Das Problem eskaliert, mit oder ohne Republikaner.

Im September muß der Bundestag die Debatte zur Wohnungspolitik neu eröffnen, nachdem die Bundesregierung im Zuckerguß kleben bleibt. Der „Solidarpakt Wohnen“ muß konkret werden.

(-/8.8.1989/vo-he/rs)

\* \* \*